



## Antrag

der Abgeordneten des SSW

### **Erasmus+ ab 2021: Eine zukunftsorientierte Programmausgestaltung während und nach der Pandemie ermöglichen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich angesichts der Herausforderungen, die sich durch die anhaltende Covid-19-Pandemie auch für die in 2021 neu angelaufene Programmgeneration von Erasmus+ ergeben haben, für weiterhin möglichst umfangreiche, aber auch flexible Mobilitätsmaßnahmen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus und in Schleswig-Holstein einzusetzen. Die seit Beginn der Pandemie teilweise improvisierten Teilnahmemöglichkeiten sollten fortlaufend auf ihre Zweckdienlichkeit hin analysiert, angepasst und ggf. weiter ausgebaut werden. Grundlage für die Bewertung sollen die von der Europäischen Kommission formulierten neuen Leitthemen sein (u.a. die stärkere Förderung von Chancengleichheit, Inklusion und Vielfalt sowie die Digitalisierung, politische Bildung und das Thema Nachhaltigkeit). In Hinblick auf die Durchführung bleibt der Austausch mit einer tatsächlich physischen Aufenthaltsphase im Gastland die präferierte Erasmus+ Mobilitätsform. Gleichzeitig sollten die unter Pandemiebedingungen neu entwickelten Ansätze und Teilhabemöglichkeiten auch nach der Pandemie in das Gesamtangebot integriert und genutzt werden können.

Die Landesregierung wird gebeten, die Umsetzung des Erasmus+ Programms weiterhin detailliert zu monitoren und den Landtag bzw. den zuständigen Ausschuss diesbezüglich in geeigneten Zeitabständen auf dem Laufenden zu halten.

Begründung:

Das Austausch- und Bildungsprogramm Erasmus bzw. künftig Erasmus+ ist eine europäische Erfolgsgeschichte und eine der erfolgreichsten Initiativen der EU. 2021 ist eine neue 7-jährige Programmgeneration gestartet, der Bewerbungsauftrag wurde

am 25. März 2021 von der Europäischen Kommission veröffentlicht. Die politische Einigung auf einen deutlichen Mittelzuwachs für das neue Erasmus+ Budget (von rd. 14,7 auf rd. 26,2 Mrd. Euro) ist dabei zu begrüßen. Das Programm soll künftig nicht nur inklusiver und innovativer, sondern auch digitaler und umweltfreundlicher werden. Damit spielt es eine entscheidende Rolle bei der Verwirklichung des europäischen Bildungsraumes.

Die neue Förderperiode begann allerdings inmitten der noch immer anhaltenden Covid-19-Pandemie, weshalb zahlreiche Mobilitätsmaßnahmen nicht wie gewohnt und geplant in physischer Präsenz vor Ort stattfinden konnten, sondern entweder abgesagt, verschoben oder auf digitale bzw. hybride Lernformen (z.B. „blended mobility“) umgestellt werden mussten. Die nationalen Agenturen wurden angehalten, die teilnehmenden Personen und Institutionen weiterhin möglichst umfangreich und auf flexible Weise zu unterstützen. Ad hoc wurden zahlreiche neue, insbesondere digitale, Aktivitäten entwickelt, um auch unter Pandemiebedingungen europäische Austauschfahrten zu ermöglichen. Daneben gelten für die neue Förderperiode neue Leitthemen – von der Digitalisierung des Erasmus+ Programms über die Integration des Programms in den European Green Deal bis hin zur Forderung nach einer verstärkten sozialen Teilhabe und Chancengleichheit für alle Interessierten.

Den sehr unterschiedlichen Anforderungen und Potenzialen der vielfältigen Programmbereiche wie auch dem immer größer werdenden (potenziellen) Teilnehmerkreis ist dabei weiterhin Rechnung zu tragen. Der Landtag begrüßt daher, dass der Kreis der Personen, die sich für einen europäischen oder im weiteren Sinne internationalen Austausch bewerben können, nochmals erweitert wurde, dass die bürokratischen Prozesse verschlankt werden sollen und dass die Mobilitätsformate noch flexibler gestaltet werden können.

Gleichzeitig bittet der Landtag die Landesregierung, die Umsetzung des Erasmus+ Programms weiterhin detailliert zu monitoren und insbesondere darauf zu achten, dass die formulierten Leitthemen und gesteckten Zielvorgaben auch wirklich realisiert werden. Der Landtag bzw. der zuständige Ausschuss ist diesbezüglich – in Ergänzung zu dem regelmäßigen Bericht der Landesregierung zu den europapolitischen Schwerpunkten in Schleswig-Holstein, wo Erasmus+ ein Unterkapitel gewidmet ist – in geeigneten Zeitabständen auf dem Laufenden zu halten.

Jette Waldinger-Thiering  
und die Abgeordneten des SSW